



Nr. 206. Mittag-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 2. Mai 1868.

Deutschland.

O. C. Zoll-Parlaments-Verhandlungen.

4. Sitzung des Zollparlaments. (1. Mai.)

Eröffnung 1½ Uhr. — Die Tribünen sind möglichst besetzt; am Tische des Bundesrats zahlreiche Commissarien, u. a. Delheyd, v. Linden, v. Spitzerberg u. A.

Unter den in das Haus neu eingetretenen Abgeordneten befindet sich Herr v. Barnbüler. — Weitere Urlaubsgesuche werden bewilligt; u. a. erhält Aha. Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst wegen dringender Amtsgeschäfte einen Urlaub von 8 Tagen.

Vom Königlich preußischen statistischen Bureau sind dem Parlament 400 Exemplare der Übersicht des vorläufigen Hauptresultate der letzten Volkszählung im Gebiete des Zollvereins zur Bertheilung übergeben worden.

Der Abg. Carl v. Aretin dankt in einem Schreiben an das Präsidium dem Zollparlament die neuliche Kundgebung in Folge des Ablebens seines nahen Verwandten, des Abg. Carl Maria v. Aretin und teilt mit, daß die Leiche derselben bereits nach München gebracht und daß am Montag früh 8½ Uhr in der Hedwigskirche ein Requiem stattfinden wird.

Die beiden Fachcommissionen sind heute gewählt und haben sich constituiert: 1) Die Commission für die Geschäftss-Ordnung: Ausfeld (Vorsitzender), v. Denzin (Stellvertreter), v. Hülfessem (Schriftführer), Genast (Stellvertreter), Rohlmann, Denning, Beder (Dortmund), Braun (Hersfeld), Dettler, Dehmichen, Graf Hompeich, Jörg, Evert und Nebelhau.

2) Die Commission für Petitionen: v. Vinde-Oßendorf (Vorsitzender), v. Neurath (Stellvertreter), v. Seydelius (Vitterfeld) (Schriftführer), Probst (Stellvertreter), v. Neumayr, Schaffrath, Hojus, Müller (Görlitz), Freiherr v. Zu Rhein, Graf zu Dohna-Swinden, Harnier, Kraus, v. Kirchmann, Pfannebecker, Dissen, v. Puttkammer (Sorau), Dr. Jäger, Knapp, v. Thüngen, Dr. Lobeck, Graf Arnim-Bogensburg, v. Behmen, Köster, Kreyer, Rohrbach, Albrecht, Feustel und Debens.

Von den Abg. Metz, Bamberger und Bluntschli ist ein von mehr als 60 Mitgliedern unterstützter Antrag auf Erlass einer Adresse an den König von Preußen eingegangen und zugleich auf einer Abtheilung der eingeschlagenen Vorlagen.

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird das Gesetz betr. die Abänderung einiger Bestimmungen der Bollordnung zur Vertheilung im Plenum, der Handelsvertrag mit Spanien zur Schlussberatung gestellt; zu Referenten über letzteren ernannt der Präsident die Abgeordneten v. Meixner und Lienau.

Es folgen Wahlausführungen. Für die 2. Abtheilung referiert Abg. v. Weigel über 6 Wahlen, die ohne Debatte für gültig erklärt werden.

Abg. Dr. Harnier berichtet für die 3. Abtheilung über die Wahlen in Württemberg und zwar zunächst über die gegen das Verfahren der württembergischen Regierung bei den Wahlen eingelaufenen Proteste. Seine Ausführungen bleiben leider unverständlich, er schließt mit dem Antrage der Abtheilung: Den Vorsitzenden des Zollbundes aufzufordern, zu veranlassen, daß die von der königl. württembergischen Regierung hinsichtlich der aktiven Wahlberechtigung getroffenen Bestimmungen, insosfern sie mit dem Inhalte des Art. 9 § 1 des Zollvereins-Vertrages vom 8. Juli 1867 in Widerspruch stehen, mit dem leichten in Übereinstimmung gebracht werden.

Von dem Abg. Graf Bethuys-Huc, dem Referenten der 4. Abtheilung, welche gleichfalls württembergische Wahlen zu prüfen hatte, wird in Bezug auf dieselbe Materie folgender Antrag eingereicht: „An den Herrn Vorsitzenden des Bundesrates das Erlaubniß zu stellen, im Einvernehmen mit der württembergischen Regierung dabün zu wirken, daß hinför im Königreich Württemberg eine dem Sinne des Vertrages vom 8. Juli 1867, des Reichsgesetzes, sowie der Praxis der meisten anderen verbündeten Staaten homologe Wahlordnung veranlaßt werde.“

Die 5. und 6. Abtheilung haben auch württembergische Wahlen zu prüfen, stellen jedoch keine besonderen Anträge.

Abg. v. Mittnacht (Württemberg): Die Abtheilung hat wohl dem Artikel 9, § 1 des Vertrages vom 8. Juli 1867 die gebürige Aufmerksamkeit nicht geschenkt. Es heißt dort: „das Zollparlament besteht aus den Mitgliedern des Reichstages des Norddeutschen Bundes und aus den Abgeordneten der süddeutschen Staaten, welche nach Wahlgabe des Gesetzes gemäßt werden, auf Grund dessen die ersten Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes stattgefunden haben.“ Die württembergische Regierung ging davon aus, daß dies Gesetz das Reichswahlgesetz von 1849 sei, und zwar auf Grund des Artikels 5 des Bündnisvertrages vom 18. August 1866. Das Reichswahlgesetz aber gibt das Wahlrecht jedem unbefohlenen Deutschen; diese Bestimmung war jedoch für die württembergische Regierung nicht maßgebend, denn es heißt im Absatz 2 des Artikels 9 § 1: „es bleibt der Gesetzgebung der süddeutschen Staaten vorbehalten, aber die Staatsangehörigkeit bestimmen zu treffen, durch welche die Wahlbarkeit bedingt ist.“ Wenn die württembergische Regierung von dieser Bestimmung freien Gebrauch gemacht hat, so war sie dabei vollständig in ihrem Rechte. Eben so gut wie man im Norddeutschen Bund bestimmt, daß nur Norddeutsche wählbar seien, konnte auch die württembergische Regierung in ähnlicher Weise die betreffende Bestimmung des Reichswahlgesetzes abändern. Der Erfolg der württembergischen Regierung bezeichnet nur allgemeine Gesichtspunkte und giebt Belehrungen darüber, in wie weit der Wohnsitz oder der Aufenthalt an einem Orte die Berechtigung zum Wählen giebt, und da es aber seine Schwierigkeit hat, feste Gesichtspunkte in allgemeiner Weise hinzustellen, so werden einzelne Beispiele angeführt. Damit kommt man dann auf das Gebiet der speziellen Fälle. Ist in einzelnen besonderen Fällen von den unteren Behörden mit Unrecht Demand von der Wahl ausgeschlossen worden, nun, so war der richtige Weg eine specielle Beschränkung in jedem speziellen Fall, aber nicht in dieser Versammlung. Vorliegendes Schriftstück macht aber spezielle Fälle durchaus nicht nachhaltig und ist deshalb hier kein Grund, näher auf diese allgemein gehaltenen Beschwerden einzugehen, oder auf Grund derselben Anträge einzutreten.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Ich muß zunächst der letzten Neuersetzung des Vorredners widersprechen, daß die Petenten nur berechtigt gewesen seien, einzelne Wahlen anzusehen, aber nicht die Befugnis gehabt hätten, sich über die Haltung der württembergischen Regierung im Allgemeinen zu beschweren. Sie haben das letztere Recht gerade so gut wie das erste, und gerade generelle Verlegerungen des Wahlgesetzes, wie sie der württembergischen Regierung vorgeworfen werden, haben vor Allem Anspruch daran, im Plenum genauer verhandelt und geprüft zu werden. Dass in dem Zollvereinsvertrage nicht das Reichswahlgesetz von 1849 gemeint sei, darüber noch ein Wort zu verlieren, halte ich für überflüssig. Dass aber der 2. Absatz des Artikels 9 die württembergische Regierung berechtigt habe, eine Veränderung des allgemeinen Wahlrechtes vorzunehmen, ein joldes Argument bin ich erstaunt gewesen zu vernnehmen. Denn es ist da nur von der Wahlbarkeit zum Abgeordneten die Rede. Deutlicher kann man sich doch auf der ganzen Welt nicht ausdrücken. Das sollte doch, meine ich, keiner Auseinandersetzung bedürfen, für Niemanden, geschweige denn für einen Justizminister, hier handelt es sich darum, daß man laufende von Arbeitern von der Ausübung ihres Wahlrechtes ausgeschlossen hat, weil sie nicht verheirathet gewesen sind, und daran ist wieder das württembergische Verehelichungs-Gesetz Schuld, das der Eheschließung Polizeibeschränkung entgegenstellt, wie sie in der ganzen civilisierten Welt unerhört sind. Erst läßt man die Leute nicht heirathen, und dann bestraft man sie, daß sie nicht verheirathet sind; erst machen die Götter den Menschen unschuldig und dann verbergen sie ihn.“

Wenn es in dem Artikel der württembergischen Regierung heißt: „verheirathete Dienstboten hätten in der Regel Wohnsitz“, so kann man doch wohl argumentum a contrario — ganz ohne Zwang daraus schließen, bei unverheiratheten Dienstboten ist das Gegenteil maßgebend. Wenn allgemeine Kategorien überhaupt nicht maßgebend sind, wozu stellt man sie denn auf, etwa dazu, daß sie nicht beachtet werden sollen? Und ob man diesen Erlass eine Belehrung oder sonst wie nennt, ist völlig gleichgültig, denn, wie Ihr Ulband sagt: „Namen sind uns Dünkt.“

Es handelt sich hier nicht um die Ansehung irgend einer einzelnen

Wahl, sondern darum: hat die württembergische Regierung das Gesetz beobachtet, oder hat sie etwa Missbrauch der Amtsgewalt in bundeseindlichem Sinne geübt? Nach Allem, was darüber bekannt geworden ist, ist das Letztere der Fall gewesen, und ich erlaube mir daher noch folgenden weiteren Antrag in dieser Frage: „Den Vorstand des Zollbundes aufzufordern, auch die übrigen Beschwerden, die in dieser Gingabe enthalten sind, zu prüfen und eventuell der Wiederkehr ähnlicher Vorfallnisse vorzubeugen.“ Sie werden gestehen, daß das eine sehr schone Fassung ist, ich halte diese Schonung aber für meine Pflicht, weil wir das erste Mal hier zusammen sind. Aber diese Pflicht der Schonung kann uns nicht abschaffen, die Thatachen so festzustellen, wie sie sind. — Redner geht nun daran, die in den eingereichten Schriftstücken enthaltenen Beschwerden über die Wahlbelehrungen der württembergischen Regierung zu vervollständigen. Er führt für jede einzelne bestimmt Belegen an und entnimmt sein Thatachen namentlich dem Wahlkampf, aus dem die Abg. v. Barnbüler und Knosp hervorgegangen sind. — Dass für die Garnison in Ludwigsburg und auch sonst bevorzugtere Wahlkreise eingerichtet sind, ist schon in dem Protest erwähnt. Die Wähler sind ferner in ihrer Wahlzeit beschränkt worden, so daß jeder Wähler zu einer bestimmten Stunde erscheinen mußte. Der Oberamtmann Ideler hat in dem Wahlkreise, wo Herr v. Barnbüler kandidierte, erklärt, Herr von Barnbüler habe ausgesprochen, der Wahlkreis würde nur in dem Falle die von ihm gewünschten Eisenbahnen und dergl. erhalten, wenn er dort gewählt werde. Diese Neuheit ist in dem „Württembergischen Staatsanzeiger“ trotz direkter Provocation derselben nicht bemerkt worden. Die Wahlbeamten sind am Tage vor der Wahl im Haupt-Postamtgebäude amtlich aufgefordert worden, für Knosp zu stimmen. Redner verliest sodann einige Befreiungen aus dem Wahlprogramm dieses Kandidaten: „Wollt Ihr Herren bleiben im eigenen Hause, so wählt nicht mit der sogenannten deutschen Partei, wollt Ihr Herren bleiben Eures ehlichen Erwerbes, so wählt nicht diese falsch rechnenden und falsch redenden Gelehrten; wollt Ihr nicht zu Kriegsnechten der Hohenholz dreschen werden, so wählt keine schwäbischen Preußen (Aufseher richtig!), wählt keine Bettelkreuze. Mitbürgers bewahrt das Gedächtniß Eurer verfassungstreuen Väter und vergeht nicht des Blutes Eurer im Bruderfall.“

Der Wahlauftritt des anderen Kandidaten des Herrn v. Barnbüler, ausgegangen von dem Wahl-Comite, das sich constituiert hat, um Herrn v. Barnbülers Wahl durchzubringen, spricht in ähnlich r Weise. Es wird zunächst in denselben an den Notstand in Ostpreußen erinnert, der selbe ist ein Strafgericht Gottes erklärt: „Dasselbe Preußen, das eine Contribution von 8 Millionen aus Württemberg hinausgepreist hat, überschwemmt ganz Württemberg mit Bettelbriefen. Helft! helft! wird gerufen, sonst sterben wir. Aber aufallend ist das schwäbische Volk, sonst so gern bereit zu helfen, diesmal will es nicht recht daran. Lässt sie doch mit den 8 Millionen, die sie uns genommen haben, die Hungenden in Ostpreußen unterstützen! Steuer zahlen, Soldat sein und das Maul halten, das ist das preußische Programm. Der preußische Abgeordnete Frey, der seinem Vaterland den Rücken gekehrt und in Württemberg, einem Lande der Freiheit, eine neue Heimat gefunden hat, sagte 1866 auf dem Abgeordnetentag: nur dann wird Preußen frei, wenn es in Deutschland aufsetzt; im andern Falle sei Gott denen gnädig, die das Regiment seien, das dann über Deutschland und Preußen ergeben wird! (Sehr richtig!) Was ist uns von Preußen bisher Gutes gelommen? Hoff'scher Malzterrat, Brustbonbons, Lau de Lohnerzeugen, haarrüttelnde, haarrüttelnde Mittel, lauter Schwindel, Schwindel, Schwindel. — Wie sind am Schlus. Nun wählt ihr Männer v. Körner, Kreyer, Rohrbach, Albrecht, Feustel und Debens.“

Bon den Abg. Metz, Bamberger und Bluntschli ist ein von mehr

als 60 Mitgliedern unterstützter Antrag auf Erlass einer Adresse an den König von Preußen eingegangen und zugleich auf einer Abtheilung der eingeschlagenen Vorlagen.

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird das Gesetz betr. die Abänderung einiger Bestimmungen der Bollordnung zur Vertheilung im

Plenum, der Handelsvertrag mit Spanien zur Schlussberatung gestellt; zu Referenten über letzteren ernannt der Präsident die Abgeordneten v. Meixner und Lienau.

Es folgen Wahlausführungen. Für die 2. Abtheilung referiert Abg. v. Weigel über 6 Wahlen, die ohne Debatte für gültig erklärt werden.

Abg. Dr. Harnier berichtet für die 3. Abtheilung über die Wahlen in

Württemberg und zwar zunächst über die gegen das Verfahren der württembergischen Regierung bei den Wahlen eingelaufenen Proteste. Seine Ausführungen bleiben leider unverständlich, er schließt mit dem Antrage der Abtheilung: Den Vorsitzenden des Zollbundes aufzufordern, zu veranlassen,

dass die von der königl. württembergischen Regierung hinsichtlich der aktiven Wahlberechtigung getroffenen Bestimmungen, insosfern sie mit dem

Inhalte des Art. 9 § 1 des Zollvereins-Vertrages vom 8. Juli 1867 in

Widerspruch stehen, mit dem leichten in Übereinstimmung gebracht werden.

Von dem Abg. Graf Bethuys-Huc, dem Referenten der 4. Abtheilung, welche gleichfalls württembergische Wahlen zu prüfen hatte, wird in Bezug auf dieselbe Materie folgender Antrag eingereicht: „An den Herrn Vorsitzenden des Bundesrates das Erlaubniß zu stellen, im Einvernehmen mit der württembergischen Regierung dabün zu wirken, daß hinför im Königreich Württemberg eine dem Sinne des Vertrages vom 8. Juli 1867, des Reichsgesetzes, sowie der Praxis der meisten anderen verbündeten Staaten homologe Wahlordnung veranlaßt werde.“

Die 5. und 6. Abtheilung haben auch württembergische Wahlen zu prüfen, stellen jedoch keine besonderen Anträge.

Abg. v. Mittnacht (Württemberg): Die Abtheilung hat wohl dem Artikel 9, § 1 des Vertrages vom 8. Juli 1867 die gebürige Aufmerksamkeit nicht geschenkt. Es heißt dort: „das Zollparlament besteht aus den Mitgliedern des Reichstages des Norddeutschen Bundes und aus den Abgeordneten der süddeutschen Staaten, welche nach Wahlgabe des Gesetzes gemäßt werden, auf Grund dessen die ersten Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes stattgefunden haben.“ Die württembergische Regierung ging davon aus, daß dies Gesetz das Reichswahlgesetz von 1849 sei, und zwar auf Grund des Artikels 5 des Bündnisvertrages vom 18. August 1866. Das Reichswahlgesetz aber gibt das Wahlrecht jedem unbefohlenen Deutschen; diese Bestimmung war jedoch für die württembergische Regierung nicht maßgebend, denn es heißt im Absatz 2 des Artikels 9 § 1: „es bleibt der Gesetzgebung der süddeutschen Staaten vorbehalten, aber die Staatsangehörigkeit bestimmen zu treffen, durch welche die Wahlbarkeit bedingt ist.“ Wenn die württembergische Regierung von dieser Bestimmung freien Gebrauch gemacht hat, so war sie dabei vollständig in ihrem Rechte. Eben so gut wie man im Norddeutschen Bund bestimmt, daß nur Norddeutsche wählbar seien, konnte auch die württembergische Regierung in ähnlicher Weise die betreffende Bestimmung des Reichswahlgesetzes abändern. Der Erfolg der württembergischen Regierung bezeichnet nur allgemeine Gesichtspunkte und giebt Belehrungen darüber, in wie weit der Wohnsitz oder der Aufenthalt an einem Orte die Berechtigung zum Wählen giebt, und da es aber seine Schwierigkeit hat, feste Gesichtspunkte in allgemeiner Weise hinzustellen, so werden einzelne Beispiele angeführt. Damit kommt man dann auf das Gebiet der speziellen Fälle. Ist in einzelnen besonderen Fällen von den unteren Behörden mit Unrecht Demand von der Wahl ausgeschlossen worden, nun, so war der richtige Weg eine specielle Beschränkung in jedem speziellen Fall, aber nicht in dieser Versammlung. Vorliegendes Schriftstück macht aber spezielle Fälle durchaus nicht nachhaltig und ist deshalb hier kein Grund, näher auf diese allgemein gehaltenen Beschwerden einzugehen, oder auf Grund derselben Anträge einzutreten.

Redner teilt sodann eine große Menge von Maßregelungen derjenigen Beamten mit, die im Sinne der nationalen Partei gehinkt haben, erklärt, daß, ad hoc betrübtene Massen gegen die Anhänger der nationalen Partei aufgewiegt seien und schließt folgendermaßen: Nun sagt man freilich, wie kann man von Herrn v. Barnbüler ein so entzückend bündeseindliches Unternehmen annehmen, von Herrn v. Barnbüler, der ja die Verträge abgeschlossen hat? Wie kann man von diesem Manne ein solches Verfahren annehmen? Ich räume bereitwillig ein, daß ein solches Verfahren allerdings in jedem Falle die Rechtsgültigkeit sein wird, aber doch vielleicht seine Erläuterung darin finden darf, daß bevor Herr v. Barnbüler diese Verträge abschloß, eine Zeit vorausgegangen war, wo er an der Spitze des großdeutschen Vertrags stand und später das berühmte Vae victis! ausrief. Es wird noch bezeichnicher, wenn ich daran erinnere, daß dieser Aenderung eine geharnischte Rede gegen den norddeutschen Bund und die Zusammenkunft bei Salzburg vorausgegangen war. Ich schließe, ich überlasse Ihnen das Urteil. (Weiter lichts.)

Von den Abg. Bebel und v. Schweizer ist der Antrag eingegangen, in Erwägung zu ziehen, daß es der tatsächlichen Theilung Deutschlands entspricht,

wenn in Norddeutschland nur Norddeutsche, in Württemberg nur Württemberger als Abgeordnete gewählt werden, in Erwägung ferner, daß es dem Geiste des Zollvereinsvertrages zuverlässiger ist, wenn durch die im württembergischen Gesetz aufgestellten Beschränkungen ein Theil der Staatsbürger vom Wahlrecht ausgeschlossen wird, den Vorsitzenden des Zollbundes aufzufordern, durch geeignete Schritte eine Aenderung der betreffenden Bestimmungen herzuführen.

Der Antrag erhält nicht die genügende Unterstützung.

Abg. Graf Bethuys-Huc empfiehlt den Antrag der vierten Abtheilung gegenüber dem von der 3. Abtheilung gestellten, da der letztere durch Ablehnung des ersten Theiles seitens der Abtheilung unvollständig geworden sei. Was die Neuerungen des Abg. Braun betrifft, so bedauere er den Ton derselben um so mehr, je mehr er sich in dem Streben nach deutscher Einheit mit dem Redner eins wisse; eine derartige Redeweise sei nur geeignet, den Zweitsatz zu vergroßern und die Gegenseite zu schärfen. Die Begründung, welche der Abg. v. Mittnacht der im württembergischen Wahlgekte ausgebrochenen Beschränkung des pfälzischen Wahlrechts gegeben habe, sei nicht zuverlässig, wenn derselbe als Beispiel anführe, daß im norddeutschen Bunde ebenfalls nur Norddeutsche gewählt werden dürften, und daraus für Württemberg ein Gleicher folgere, so übersehe er den Zweck der Wahl. In Norddeutschland werde zunächst für das norddeutsche Parlament gewählt, also für Beratungen, deren Wirkungskreis sich auf Norddeutschland erstrecke. Die Wahlen der Süddutschen dagegen richteten sich auf Abgeordnete des Zollvereins, der ganz Deutschland umfaßt. Es sei deshalb eine natürliche Fortsetzung, daß passive Wahlrecht bei den süddeutschen Wahlen über die Bevölkerung des ganzen Zollvereins auszudehnen.

Der Präsidenttheilt ein zu dem Antrage der 3. Abtheilung von dem Abg. Bamberger gestelltes Amendingen mit.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Aus Anlaß der Erwähnung des Abg. v. Bethuys-Huc und nachdem der Zweck meiner Ausführungen, die erwähnten Thatachen zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, erreicht ist, ziehe ich meinen Antrag zurück. Abg. Metz: Ich halte die vorliegende Frage für sehr geeignet, die gegenseitige Stellung der Parteien zu klären und dadurch zu einer gesunden zu machen. Die Beschränkungen gehörten der nationalen Partei an, deren Bestrebungen nach Herbeiführung einer ganz Deutschen und umfassenden Einheit von Niemand bestritten werden können. Um so eigenhümlicher ist es, daß gegen diese von allen andern in Württemberg bestehenden Parteien ein Bündnis geschlossen worden ist, um sie bei den Wahlen unterliegen zu lassen. (Ruf von rechts: „Nicht verstanden worden!“) M. H. Ich werde mich bemühen, Ihnen klar zu werden; beklagen

genheiten bin, und daß die Landstraße mich auch nichts angeht. — Herr Braun hat behauptet, daß im 4. Wahlkreis ein Oberamtmann den Wählern Eisenbahnen und Landstraßen und Kirchenbauten in Aussicht gestellt habe, wenn sie den Regierungs-Kandidaten wählen würden. Ich kenne diesen Oberamtmann seit Jahrzehnten, und weiß von ihm, daß dies nicht wahr ist. Das man auf diese Ansprüche der „Schwäbischen Volkszeitung“ nicht geantwortet hat, beweist noch nicht die Richtigkeit der Ansprüche.

Ich habe in 11 Wahlversammlungen vor vielen Tausenden von Wählern gesprochen,

vor noch viel mehr Tausenden, als mich gewählt haben — und dies war eine ziemliche Anzahl —; da habe ich ausgesprochen: „Wenn die Wähler von meiner Wahl Eisenbahnen, Telegraphen oder Straßen erwarten, so mögen Sie einen anderen wählen; es handelt sich hier um die Wahl von Abgeordneten zum Zollparlament, um die Ausübung einer heiligen Pflicht und nicht um den Bau von Landstraßen und Eisenbahnen.“

Auch die Geschichte mit dem Oberschäffner in Cannstatt verhält sich anders.

Der Professor Römer soll mich interpellirt haben vor einer großen Gesellschaft.

Nun, die große Gesellschaft bestand aus vier Augen, von denen zwei Herrn Römer, zwei mir gehörten (Heiterkeit). Die Sache verhält sich so: Ein Oberschäffner in Cannstatt, der die Aufsicht über 17 Eisenbahnarbeiter hat, hat sich gerühmt in einem offenen Wirthshaus, daß er mit denselben geschlossen an die Wahlurne treten und den Professor Reusch wählen würde. Dies ist ihm verwiesen worden (Aha!), und zwar auf meinen Befehl (Aha!), weil er als Beamter seine Untergebenen dazu benutzen wollte, um eine Wahl nach seinem Sinne durchzusetzen. Es ist aber ausdrücklich bemerkt worden, daß, was keine Person anlange, er wählen könne, wie er wolle. Die Verlezung des Schaffners beruht auf Erfindung. — Was nun den Herrn Pleß, Bureauchef in einem Postbüro betrifft, der übrigens gar keine Strafgericht hat, so hat derselbe ganz auf eigene Faust einen Antrag im Bureau gemacht, von dem ich erst Kenntnis durch die „Norddeutsche allgemeine Zeitung“ erhalten habe. Derselbe lautet: „Bei der morgen stattfindenden Wahl erachte ich es als Pflicht der Beamten, vollzählig zu erscheinen und ihre Stimmen für den Regierungs-Candidaten N. N. abzugeben, der die Interessen des engeren und weiteren Vaterlandes am besten wahrnehmen wird.“ (Hört! hört! links!) Damit hat doch der betreffende Beamte nur seine Privatansicht ausgesprochen (Gelächter); ein Zwang ist in keiner Weise geübt worden. Derselbe Herr Pleß hat denn auch auf Wunsch der Gegenpartei die Wahlzettel der Gegenpartei im Bureau mit auslegen lassen. Auch die Geschichte mit dem Posthalter ist nicht wahr. Zwei Posthalter, die zum Landeswahl-Comite gehörten, sind einfach gefragt worden, ob sie dies mit ihrer dienstlichen Aufgabe vermeiden könnten. (Hört, hört!) Die Antwort, die sie darauf gegeben, ist ad acta gelegt worden. Einen Verweis haben sie nicht erhalten.

Solche Dinge, wie sie Herr Braun hier vorgetragen, kann man nur in einer Versammlung vorbringen, die mit den württembergischen Verhältnissen nicht näher bekannt ist; in einer württembergischen Versammlung hätte man es nicht gewagt; denn dort hätte man recht gut gewußt, welchen Werth oder Unwerth man darauf zu legen hat. — Ich komme jetzt auf die Angriffe, die Herr Braun gegen meinen politischen Charakter und meine politische Haltung im Allgemeinen gerichtet hat. Es hat es dabei für gut befunden, bis hinter das Jahr 1866 zurückzugehen. Ich glaube, daß er besser gethan hätte, dies zu unterlassen. (Beifall rechts.) Denn der Friede vom August 1866 hat den Krieg geschlossen, und der Allianzvertrag, den ich frei und redlich zu halten gesonnen bin (Beifall rechts), ist nicht allein der Schluss des Krieges, sondern betrifft einen Act der aufrichtigen Versöhnung. (Beifall rechts.) Wenn der Süden Deutschlands sich verpflichtet hat, die deutsche Erde zu verteidigen und mit Ihnen auf demselben Schlachtfelde zu bluten, so beweist das doch wohl, daß man vergessen hat und verjährt ist. Es ist richtig, auch ich habe den Zollvertrag unterzeichnet, und noch mehr: ich kann sogar mit gutem Gewissen behaupten, daß ich wesentlich dazu beigetragen habe, ihn zum Abschluß zu bringen. Aber ich habe auch nur einen Zollvertrag unterzeichnet, und Sie wissen ja, wie ich über diesen Vertrag in meinem engeren Vaterlande angesehen worden bin, daß ich es, aber auf Muth und Kraftaufwand nicht habe fehlen lassen, um mein Wort einzulösen, das ich hier gegeben, und dies ist mir auch gelungen; das Land hat sich zufriedengestellt.

Nun kam eine Partei, die sich anmaßte, die deutsche Partei war eigentlich zu sein; und welche fand, daß es nicht an der Zeit sei, die geschlossenen Verträge zu halten, welche fand, daß ein Vertrag ein Feines Papier wäre, über das man gemüthlich hinweggehen könnte. Und zum Beweis dafür haben diese Herren ihre eigene schöne Heimath Tag für Tag in einem Zeitungsblatt, das allerdings nur 500 Abonnenten hat, besudelt mit Hohn und Spott. Das württembergische Volk blieb lange Zeit gleichgültig und begegnete den Angriffen mit Verachtung; schließlich wurde es aber doch zu toll. (Redner verließ eine ganze Reihe von Zuschnitten aus der „Schwäb. Volks-Ztg.“, die er sich auf einen Bogen Papier gefestigt hat.) Wir waren der Ansicht, daß die geschlossenen Verträge gehalten werden müßten, und weil jene Partei dies nicht wollte, hat sich gegen sie das ganze Land gefehlt. — Diese uns zum Vorwurf gemachte Verbindung der verschiedenen Parteien ist gegründet auf die allgemeine Entrüstung gegen jene kleine, aber um so anmaßendere Partei. Sie glauben gar nicht, was dieß für Anforderungen stellt: ganz andere noch als die vermaute Partei in Preußen. Als ich in einer Wahlversammlung einmal äußerte: „Es ist eigentlich unmöglich, daß die württembergischen Preußen viel preußischer sind, als die preußischen Preußen“, rief mir ein Bauer zu: „Das ist nicht wahr; da muß ich erst den Professor Römer hören!“ (Heiterkeit).

Hätte diese Partei den Zollvereinsvertrag mit uns als die wesentliche Grundlage unseres staatlichen Verhältnisses angegeben, dann hätte man sich wohl mit ihr stellen können. Da sie aber ihre eigene Heimath auf jede mögliche Weise verunglimpten, haben sich alle württembergischen Patrioten gegen sie gefehlt. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, man kann ein Land auch lieben, wenn es klein ist; jene Partei aber hat das kleine Vaterland mit Spott behandelt. Ich liebe mein Vaterland, wenn es auch klein ist; das ist Patriotismus, nicht Partikularismus. Und ich glaube, daß wir Württemberger, die wir mit Liebe zu unserem engeren Vaterlande hergekommen sind, Ihnen nützlicher sein und das Wohl des Ganzen mehr befördern werden, als jene Herren. (Beifall rechts.) Ich schließe mit der Bitte: Lassen Sie diese Anfeindungen bei Seite und folgen Sie den schönen Worten der Thronrede: „Die materiellen Interessen des großen Vaterlandes ohne Rücksicht auf die Einzelstaaten zu fördern, aber mit Rücksicht auf das Ganze.“ Damit werden Sie dem Vaterland mehr nützen, als mit solchen Ausfällen gegen das eigene Vaterland und gegen diejenigen, welche das Vaterland gegen solche Dinge schützen.

Württembergischer Bundesrat v. Linden versichert bei einiger Unruhe im Hause, daß jedem, der den württembergischen Namen trägt, ebenso sehr als jedem Mitgliede dieser Versammlung darum zu thun ist, die württembergischen Wahlen als rein und unverfälscht gelten zu sehen, und möchte die Überzeugung im Hause erwecken, daß sie gar nicht angefochten werden könnten. Vor allem sei an dem guten Glauben der Regierung nicht zu zweifeln.

Abg. Bamberg: finde den Begriff des Wohlstands durch die württembergische Regierung unzulässig definit, aber im Gesetz müsse man sich doch der Gesetzesprache bedienen und überall werde doch zwischen Aufenthaltsort und Wohnsitz unterschieden. Das man den unteren Behörden, dem gemeinen Mann, diesen Unterschied durch Beispiele illustriert, sei doch in der Ordnung. Über die Eröffnung der Chre in Württemberg sei hier gesprochen, als bestrebe das Volk dort aus Chelosen und sei am Aussterben. Aber die so sprächen, würden für die Parteigenossenschaft dieser dantien, die dort auf Cheshindernde stößen. Das Haus könne seine Thätigkeit nicht besser aufnehmen, als durch Ablehnung aller obigen Anträge, worurch den zum Zollparlament aus Württemberg Berufenen die volle und ihnen zukommende Satisfaction gegeben werden würde.

Ein Antrag auf Schluß der Discussion gilt bei zweifelhafter Abstimmung für abgelehnt, ein Antrag auf Vertagung wird mit großer Majorität abgelehnt.

Abg. Lasker: Wenn ich nur gezwungen und und unbereitet spreche, wie der Abg. v. Barnbüler, so möchte ich, wie er, alles Material, das ich brauche, wohlgeordnet zur Hand haben. (Heiterkeit.) Im Anfang der Debatte glaubte ich: die Minister in Württemberg machen es wie die in Preußen, wir sind quitt. Aber Herr v. Mittnacht hat uns in Württemberg ein Paradies der Freiheit geschildert, in das wir nur einziehen zu können wünschen müßten; aber was er schildert, was Herr v. Barnbüler durch seine Zugeständnisse selbst bestätigt, ist nichts weniger als Freiheit, vielmehr dasselbe, was bei unseren Wahlprüfungen Gegenstand unserer Bedenke gegen die preußische Regierung war: Der Unterschied ist der: uns im Norden begeistert man nicht mit einem Lob auf das württembergische Vaterland und den württembergischen Patriotismus, wir haben für ein grüheres Ganze streben gelernt. (Sehr gut!) Herr v. Mittnacht weiß nichts von Preßprozessen in seiner Heimat, wie er mit einem stillen Hinweis auf Preußen ausführte: aber für etwaige Auswanderungslustige möchte ich die Thatache erwähnen, die mir soeben mit Namensnennung verbürgt wird, daß die „Deutsche Volkszeitung“ die Aufmerksamkeit der württembergischen Regierung zweimal in den letzten zwei Jahren auf sich gezogen hat. Was sollen die Redensarten: man solle seine Heimat, seinen Volksstamm schonen, wenn man die 45.000 Wähler der nationalen Partei seines Landes, $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ aller Wähler, Wähler mit dem Vorzuge des feisten Domicils (Heiterkeit), die Blüthe der Intelligenz (Gelächter der Süddeutschen), die eben solche

Redner herschicken könnte, wie Herr v. Mittnacht, so behandelt, wie er es gethan?

Gängt die Pflicht der Schonung nicht schon gegen 45.000 Wähler an, und zwar solche, die durch Herrn v. Barnbüler's Vertragschluß sich verführen ließen, nationale Politik zu treiben und nur nicht die Diplomatie und Gewandtheit wie er besaßen, diese Richtung rasch wieder aufzugehen? (Heiterkeit.) Diese Debatte soll und wird dazu dienen, daß das Bewußtsein von der Aufgabe dieses Parlaments in Aller Herzen getragen, daß unser Patriotismus Mißverständnisse befeitigen und beseitigen wird. Ich diente nicht von ihm so klein, wie Herr v. Barnbüler, der mit dem Gedanken an Baumwolle, Tabak und Lumpen hier einzog (anhaltende Heiterkeit), wenn ich auch nicht für gewaltkame Überschreitung und Durchbrechung seiner Kompetenz bin; aber ebenso unmöglich wird es sein, durch die Verträge es zur Kleinheit herabzufüllen und durch die Verübung auf sie dem jüngsten Partikularismus zu helfen. Schon diese Debatte beweist, daß dies unmöglich ist, daß die deutsche Sache auch durch diese Wahlprüfung bricht. Möge sie dazu wirken, daß wir links und rechts uns als Deutsche gegenüberstellen! (Lebhafter Beifall links.)

Die Discussion wird geschlossen. Abg. v. Mittnacht (persönlich). Seit ich dem Departement der Justiz vorstehe, also seit einem Jahre, hat keine Zeitung vor den Geschworenen gestanden. Gegen die „Deutsche Volks-Ztg.“, welche den Papst den Stathalter des Teufels genannt hatte, erhob der Staatsanwalt einmal eine Klage, die jedoch urwidgewiesen wurde und nicht bis zu den Geschworenen gelangte. Ich führe das als ein eclatantes Beispiel und Belag dafür an, daß in Württemberg Brechfreiheit besteht.

Abg. Lasker beruft sich für seine Angabe auf seinen Gewährsmann und findet den Unterschied in den Thatfachen nicht eben relevant.

Der Antrag der 3. Abtheilung nebst dem Amendement Bamberger, das ihn sachlich ausdehnte und vervollständigte, wird zurückgezogen, und der der 4. Abtheilung in namentlicher Abstimmung, die von den Süddeutschen verlangt war, mit 162 gegen 105 Stimmen angenommen. (Dagegen die äußerste Rechte, wie Wagener, v. Blandenburg, Prinz Albrecht, die Generale außer v. Steinmetz, ferner Fürst Solms, Windthorst und alle süddeutschen Abgeordneten, die sich nicht der liberalen Partei angeschlossen; dafür alle Liberalen, die Freiconservativen, von den Süddeutschen Volk, Meß, Bamberger.

Schlüß der Sitzung 5½ Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. Tages-Ordnung: Beschuß über die gesetzliche Behandlung des Antrages auf Erlass einer Adress und eines heute eingegangenen Antrages Stumm.

— Wahlprüfungen.

Berlin, 1. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen Orden und Ehrenzeichen verliehen und zwar: den Stern mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe zum Rothen Adler-Orden zweiter Classe mit Eichenlaub und Schwertern: dem General-Major v. Tresdorff, bisherigen Commandeur der 13. Cavallerie-Brigade; den Rothen Adler-Orden dritter Classe: dem Superintendenten und Pfarrer Wehmeyer zu Elze im Kreise Gardelegen; den Rothen Adler-Orden vierter Classe: dem Steuer-Inspector a. D. v. Stutterheim zu Driesen im Kreise Friedeberg und dem Staatssekretär-Sekretär a. D. Koch zu Kassel; den Königlichen Kronen-Orden zweiter Classe: dem Rittergutsbesitzer und Kammerherrn v. Selchow auf Rubind in Kreise Ratiabor; sowie die Rettungs-Medaille am Bande: dem Rittmeister von Küüber und dem Gefreiten Hallauer, beide im Schleswig-Holsteinischen Husaren-Regiment Nr. 16, und dem Zimmermann Heinrich Weiß zu Liebau im Kreise Landeshut.

Se. Maj. der König hat dem Rechnungsrath Böhmer vom Finanzminister den Charakter als Geh. Rechnungsrath; und den Kaufleuten und Meerchaumwaren-Fabrikanten Philipp Weißig und Franz Höß zu Wien das Prädikat von Hof-Lieferanten verliehen.

Der Baumeister Weber zu Stettin ist zum königl. Landbaumeister ernannt und denselben die technische Hilfsarbeiterstelle bei der dortigen königl. Regierung verliehen worden.

Berlin, 1. Mai. [Se. Maj. der König] nahmen heute, als am 1. d. M., den Rapport entgegen, besuchten hierauf den Bazar zum Besuch des Johannis-Stifts, und geruhten daselbst verschiedene Einkäufe zu machen, nahmen den Vortrag des Haus-Ministers, Freih. v. Schleinitz, entgegen, und besuchten hierauf das Zeughaus.

[Ihre Majestät die Königin] besuchte am Dienstag den Wohlthätigkeits-Bazar für das Johannis-Stift und gestern Ihre Majestät die vermittegte Königin in Charlottenburg. Heute findet im königl. Palais ein Diner statt.

(St.-A.)

Gewinn-Liste der 4. Classe 137. Igl. preuß. Klassen-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachf., Alexanderstr. 38,

ohne Gewähr.

(Aus dem Berliner Fremden- und Anz.-Blatt.)

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

1 Haupt-Gewinn von 30,000 Thlr. fiel auf Nr. 57,298.
1 Haupt-Gewinn von 10,000 Thlr. fiel auf Nr. 30,255.
1 Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 61,987.
2 Gewinne von 2000 Thlr. auf Nr. 30,658 und 79,510.
43 Gewinne von 1000 Thlr. auf Nr. 7924, 7960, 8374, 9874, 11,656
12,025, 13,267, 13,687, 14,919, 19,426, 19,565, 22,552, 25,159, 25,568,
26,648, 28,429, 31,805, 34,628, 35,919, 38,244, 38,915, 46,089, 46,987,
58,071, 59,101, 60,814, 61,711, 61,999, 63,901, 68,798, 68,903, 72,006,
74,269, 75,092, 75,234, 79,310, 83,123, 86,772, 88,826, 91,483, 92,137,
92,145 und 92,462.

55 Gewinne von 500 Thlr. auf Nr. 1366, 2203, 4474, 11,090, 12,591,
14,196, 15,010, 16,897, 17,224, 17,745, 18,435, 18,457, 19,751, 25,732,
28,202, 30,309, 31,766, 31,921, 32,424, 32,968, 33,125, 36,363, 38,866,
41,005, 41,350, 43,524, 43,648, 45,519, 52,558, 53,952, 55,659, 57,766,
58,370, 60,751, 62,845, 63,548, 64,192, 64,791, 66,541, 66,720, 68,309,
68,353, 69,430, 70,869, 73,046, 77,937, 81,239, 81,641, 81,883, 84,470,
88,272, 88,439, 94,524, 94,903 und 94,919.

81 Gewinne von 200 Thlr. auf Nr. 1215, 1261, 5386, 7949, 8301,
10,647, 11,870, 13,103, 13,648, 14,619, 15,247, 16,755, 16,829,
17,068, 17,518, 18,935, 19,266, 25,181, 26,360, 28,268, 29,093, 29,259,
32,584, 33,676, 34,201, 35,591, 35,655, 36,194, 36,440, 38,298, 39,410,
39,672, 40,070, 40,162, 42,132, 43,133, 43,318, 44,218, 45,314, 45,488,
51,436, 51,965, 52,043, 56,201, 56,204, 58,204, 59,279, 59,560, 60,238,
60,616, 61,100, 61,199, 62,922, 65,578, 65,849, 66,442, 66,545, 67,035,
67,860, 68,267, 69,660, 71,142, 71,302, 73,967, 75,008, 77,867, 78,087,
80,721, 81,519, 84,152, 84,323, 85,821, 86,701, 87,554, 90,937, 91,753,
92,011, 92,501, 93,513 und 93,962.

Gewinne zu 70 Thlr. (Die Gewinne zu 100 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Paranthese beigefügt.)

80, 165, 66, 72, 213, 343, 437, 39, 64, 70, 500, 7, 35, 652 (100). 72, 96, 849,
912, 75 (100). 1002, 80, 125, 68, 201, 27, 92, 327, 43, 488, 518, 49, 45,
100, 95 (100) 605, 702, 827, 60, 966 (100). 67 (100). 2014, 20, 58, 181, 201, 45,
306, 44, 77, 470, 543, 70, 71, 634, 70, 733 (100). 42, 80, 808, 12, 15, 37,
57, 912, 63, 3045, 74, 118, 275, 374, 75, 424, 31, 44, 568, 601, 813, 86,
90, 969, 4030, 42, 93, 355 (100). 411, 14, 31, 34, 94, 517, 647, 76, 79,
764, 75, 88, 98, 847, 914, 24, 77, 5044, 137, 53 (100). 206, 346, 410, 73,
510, 14, 612, 18, 86, 91, 724 (100). 43, 88, 837, 47, 49, 914, 37, 39, 64,
93, 6165 (100). 286, 30

Stg." von hier berichtet wird, der König an den Hessen Meß und Bamberger mit einer stummen Verbeugung vorübergegangen. Den Fabrikanten Augler aus Offenbach beehrte er mit einer Bemerkung über die blühende Industrie seines Ortes, entgegnete aber auf dessen Antwort, dieselbe bedürfe der Aufnahme in den Nordbund: „Da sprechen Sie ein großes Wort gelassen aus!“ Von den Mecklenburgern wurde der Abgeordnete Wachenhäuser nach Stand und Heimathsort befragt, dem Grafen Basswieg die Hand gereicht und Julius und Moritz Wiggers stumm vorbei gelassen. Die Königin zeigte sich wiederum ganz von der entgegenkommenden Liebenswürdigkeit, welche man an ihr kennt.

[Der Cultus minister v. Mühlner] ist von seiner Urlaubsreise sehr gestärkt zurückgekehrt.

[Entlassung.] Heute findet die Entlassung der beurlaubten Mannschaften statt.

[Die Rechtsanwälte und der Gerichtshof.] In einer am Montag abgehaltenen sehr zahlreichen Zusammenkunft der hiesigen Rechtsanwälte stimmten fast Alle überein, ein Gesuch an den Justizminister zu richten, daß solchen Conflicten, wie kürzlich einer hier bei einer Prozeßverhandlung zwischen dem Vorsitzenden, Stadtgerichtsrath Busse, und dem Vertheidiger eines Angeklagten, Rechtsanwalt Robert, vorgekommen sei, vorgebeugt werde, weil die Rechtspflege darunter leiden müßte.

G. [Zur Statistik I.] Berlin und seine Entwicklung. Gemeindekalender und städtisches Jahrbuch für 1868. Zweiter Jahrgang. Herausgegeben vom statistischen Bureau der Stadt. Berlin. Verlag von J. Guttentag.

Hier liegt uns ein höchst bedeutsames Werk auf dem Gebiete der Statistik vor. Bewundernswert ist die Art und Weise, wie die Verfasser der verschiedenen Theile dieses Gemeinde-Kalenders die auf das Unschätzliche ermittelten Zahlen zu bezeichnen verstanden haben und dadurch Ergebnisse gewonnen, die weit über das Weichbild Berlins hinaus ihren Einfluß auf den sozialen Fortschritt bewahren müssen.

Die Mitarbeiter an diesem Kalender stehen auf festem Grund und Boden, auf dem unbefriedigbarer Thatsachen und eben deshalb blieben ihnen alle die nebelhaften Träumerien und Phantastereien fern, die leider noch zu oft in der Tagesliteratur, namentlich aber auch in Vereinen, Corporationen u. dergl. wahrzunehmen sind und die wunderlichsten, übertriebensten Wünsche und Vorherungen hervorruft. Wir sehen hier wieder recht deutlich, daß nicht Phrasen, nicht noch so beliebte Parteienschlagwörter das allzeit erstrebte sociale Heil zu bringen vermögen, daß es der ernstesten, mühevollsten Arbeit bedarf, um das Bestehende, sei es gut oder schlecht, zu erkennen und seine weitere Entwicklung zum Besseren anbahnen zu können.

Das Werk enthält drei Abtheilungen: A. Kalendarium, Genealogie, Geschäfts- und Ausflugs-Kalender. B. Abhandlungen. C. Die Gemeinde-Verwaltung von Berlin. Von allgemeinstem Interesse sind unter den Abhandlungen: Der Strafverkehr in Berlin von C. Bruck, die Berliner Börse von Dr. Schweizer, das deutsche Gewerbe-Museum in Berlin von Prof. Dr. Waagen, die Industrie der großen Städte von Dr. Engel, die Fabrikschulen Kindergarten im System der Volkschule von Dr. E. Pappenberg, besonders aber Statistik von Berlin von Dr. H. Schubabe, das Verhältnis von Miethe und Einkommen in Berlin von demselben. Wenn wir hier aus dem so belehrenden Inhalt der Abhandlungen Einzelnes, soweit es uns der beschränkte Raum gestattet, entnehmen, so soll dies nur unsere Leiter veranlassen, das gesammelte Werk selbst eingehend kennen zu lernen.

Die Berliner Börse ist keine Anstalt, in welcher man durch waghalsige Spekulationen nach Reichthümern jagt, sie ist in erster Reihe ein Capitals-Markt, auf welchem nicht allein die Crapartheits-Anlage, sondern auch die Staaten und die des Credits bedürftigen Unternehmungen, Corporationen u. s. w. Capital suchen. Sie bildet den Mittelpunkt des Geld- und Effecten-Verkehrs für Norddeutschland. Die gesamte Capitals-Belebung für das preuß. Eisenbahnen (1850: 147,667,724 Thlr., 1865: 462,744,726 Thlr.) wurde hier vermittelt. Eine große Zahl Bankinstitute fanden hier ihre Aktien-Capitalien. Die Wertpapiere, die als Staatsanleihen, Pfand- und Rentenbriefe auf dem Marte sind, wurden hier ohne bedeutende Unterstützung des Auslands nach und nach aufgenommen, da dieses sich bekanntlich gegen preußische Anleihen und Eisenbahnactien theilnahmlos erweist. Oesterreichische, russische, amerikanische und italienische Staats- und andere Papiere bewegen sich ebenfalls auf dem Berliner, nur theilweise von fremden Notirungen abhängigen Capitalsmarkt. Die Bank des mit der Berliner Börse in innigster Verbindung stehenden Berliner Kassen-Vereins hatte im Jahre 1862 einen Giro-Verkehr von 837,957,900 Thlr., im Jahre 1866 bereits von 1058,332,579 Thlr. Als Wechsel-Markt nimmt die Berliner Börse in Deutschland unzweifelhaft die erste Stelle, in Europa wohl die zweite und dritte ein. Als Producten-Markt vermittelte sie den Überschuß im Osten mit dem Mangel in den westlich gelegenen Landesteilen; sie ist der tonanggebende Mittelpunkt des Spekulationshandels in Roggen und Spiritus nicht allein für Norddeutschland, sondern auf einem noch größeren Gebiete; ihr ist die Mainline als Grenze in dieser Beziehung unbekannt.

Das deutsche Gewerbe-Museum in Berlin ist im Januar d. J. allerdings in bescheidener Form eröffnet worden. Es beabsichtigt den Kunstindustrie-Besitzer Gelegenheit zu geben, musterfüllige Stücke in den verschiedensten Zweigen dieser Industrie zu sehen und ihnen den Unterricht in den Prinzipien zu erteilen, nach denen die Stücke angefertigt wurden.

Um die Benutzung dieses Unterrichts so allgemein wie irgend möglich zu machen, werden die Bedingungen des Zulasses sehr mäßig gestellt. Vorzugsweise ist er für alle diejenigen Arbeiter auf dem gesammten Gebiet der Industrie bestimmt welche keine Specialschule (Gewerbe, polytechnische oder Realsschule) besuchten, sondern unmittelbar aus der Volkschule in ihren Beruf eintraten.

Vom social-statistischen Standpunkt aus hat Dr. Engel mit gewohnter Meisterlichkeit die Industrie der großen Städte erörtert. Er betrachtet 1) das Wachsthum der Stadt Berlin und die Consommation und Production ihrer Bewohner. In den letzten 6 Jahren hat Berlin um 154,868 Personen, das ist eine Stadt wie Breslau oder Dresden und in je einem Durchschnittsjahr dieser Zeit um 25,811 Personen, eine Stadt wie Halberstadt oder Brandenburg oder Stralsund, zugewonnen. - Vom Jahre 1710 betrug im Laufe von 150 Jahren der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen in Berlin nur 59,558, dagegen der Überschuß der jüngste über die Weggänge 382,243. Wie in allen übrigen Großstädten war also auch dort das Wachsthum mehr ein äußeres als ein inneres, ein Ergebnis des Umstandes, daß die Großstädte Emporien der Industrie und des Handels sind. Sie müssen sich aber solchen Gewerben hingeben, deren Produkte Gegenstände großen und allgemeinen Verbrauchs sind, die zu ihrer Fertigung nur geringen Raumes bedürfen und mehr von der Arbeit, der Intelligenz und dem Capital als von der Natur und natürlichen Fonds abhängig sind. Bei dem verhältnismäßig leichter liegenden Leben in solchen Städten müssen hohe Löhne gezahlt werden. Diese sehen einen höheren Leistungsgrad an physischer Arbeit oder eine intelligenter und geschicktere Arbeit vorans. Die Industrie großer Städte kann daher mit der gleichnamigen kleineren Orte nur durch bessere, selten durch wohlfühlere Arbeit konkurrieren. Wie leben nun die bei der Industrie Beschäftigten in Berlin? Die Antwort hierauf gibt die Consommations-Statistik. Die Herstellung einer solchen, selbst auch nur von einer Gemeinde, gehört zu den schwierigsten Aufgaben der Zustandsbeschreibung. Sie ist aber durchaus nothwendig. Besäßen wir eine solche, so hätte wohl die Noth in Preußen nicht so allgemein überraschen können, wie sie es gethan hat. Nicht, daß sie mit der Statistik zu verhindern gewesen wäre, wohl aber hätten bei Zeiten wirksame Maßregeln zu ihrer Bekämpfung ergriffen werden können. Was nutzen die überfüllten Registraturen unserer Verwaltungsbehörden, was die zu den Acten verwandte Zeit und Arbeitskraft, wenn sie auf die Fragen des Consommations-Statistikers nach dem Vorhandensein der Mittel zum Zweck des Lebens keine Antwort zu geben vermögen. Nach den von Dr. Engel angestellten Untersuchungen über die Consommation in verschiedenen Wohlstandsklassen, ergab sich Folgendes:

Eine Familie des sogenannten Arbeiterstandes mit einem Jahreseinkommen von 3-400 Thlr. verwendet davon auf Nahrung 62,0, Kleidung 16,0, Wohnung 12,0, Heizung und Beleuchtung 5,0, Erziehung, Unterricht, Seelsorge 2,0, Rechtschul, öffentliche Sicherheit 1,0, Gefündheitspflege 1,0, Bequemlichkeit, geistige und leibliche Erhaltung 1,0. Bei einer Familie des Mittelstandes mit 6-800 Thlr. Einkommen stellen sich diese Sätze auf 55,0, 18,0, 12,0, 5,0, 3,5, 2,0, 2,5; bei einer Familie des Wohlstandes mit 1000-1500 Thlr. auf 50,0, 18,0, 12,0, 5,0, 3,5, 3,0, 3,0, 3,5. Während also eine Familie der ersten Art auf Nahrung, Kleidung, Wohnung 95,0 ausgibt, verwendet eine der zweiten nur 90,0, eine der dritten nur 85,0. Der Verfasser weist nun noch näher das statistische Gesetz nach, daß je geringer das Einkommen ist, die Ausgabe für Wohnung unter übrigens gleichen Umständen einen um so größeren Theil in Anspruch nimmt. Ein ähnliches Gesetz

stellt sich in Betreff der Ausgaben für die Nahrung heraus. Solche Ergebnisse sind bei Besteuerung von Lebensbedürfnissen oder Mitteln zur Erfüllung des Lebensbedarfs wohl zu beachten. Eine jede derartige Besteuerung trifft das geringere Einkommen härter als das höhere. Beträgt z. B. die Nahrungssteuer 10 pCt. von dem Werthe der Nahrung, so würde ein Einkommen von 200 Thlr. hierauf etwa 13 Thlr. oder 6,5 pCt. des Gesamtinkommens Steuer entrichten, während ein Gesamtinkommen von 800 Thlr. in seinen Ausgaben für Nahrung nur 45,6 Thlr., also 5,7 pCt. solcher Steuer zahlt. Wir müssen uns hier versagen, des Verfassers Nachweisungen darüber, daß Berlin im Besetzlichen eine Industriestadt und ihr rapides Wachsthum eine Folge dieser Eigenschaft ist, weiter zu erörtern.

Der Verfasser betrachtet 2) die Industrie in Paris, wobei sich im Jahre 1860 nach den gebiegenen Ermittelungen der dortigen Handelskammer innerhalb der banlieue 1,667,841 Einwohner und unter diesen 589,252 gewerblich selbsttätige Personen befanden. Für einen Arbeiter, der eine Frau und 2 Kinder hat, sind 1100 bis 1500 Fr. jährlich nötig, um seine und seiner Angehörigen Lebensnotdurft zu befreiten. Die Löhne stiegen, die Preise aber in der Art, daß die Lohnzulage keineswegs zum Einfahrt eines höheren Masses von Lebensgenüssen verwendet werden kann. Das eben ist der wundeste Punkt der heutigen Industrie und der Verfasser sieht sich dadurch veranlaßt, die Gegenseite zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wie sie jetzt immer und immer wieder zur Sprache gelangen, haarscharf zu entwickeln. (Schluß folgt.)

Dessau, 30. April. [Verfügung des Hoffjagdams.] In der gestrigen Nummer des „Berm. Wochenbl.“ ist die Nachricht enthalten, „daß die herzoglichen Obersöster der Landes den Befehl erhalten haben, das sämtliche aus den Forsten tretende Wild zu erlegen.“ — Bewahrheit sich — so heißt es in dem Artikel weiter — diese uns aus „glaubwürdiger Quelle“ zugegangene Nachricht, so würde das ganze Land, besonders aber die Harzbewohner, in Jubel ausbrechen über einen Beschluß, den man den Vorstellungen unseres neuen Premiers, Herrn v. Paritz, zu verdanken haben soll. — Darauf sagt nun die offizielle „Göth. Ztg.“:

Auch wir hören, daß eine derartige Verfügung seitens des herzoglichen Hoffjagdams ergangen ist. Sind wir aber recht unterrichtet, so ist dies nicht auf Betreiben unseres neuen Verwaltungshofs, sondern aus höchsteigenen landesväterlichen Antriebe Sr. Hoheit des Herzogs und lediglich auf Vortrag des h. Hoffjagdams geschehen. Wir müssen überhaupt davor warnen, zu viel auf das Conto des eben erst eingetreteten Ministervorstandes zu setzen, und zwar gilt dies sowohl vom Credit als vom Debet.

Gotha, 28. April. [Die Frau Kronprinzessin von Preußen,] welche 14 Tage, nur im engsten Familienkreise mit ihren Verwandten und besonders auch mit ebenfalls hierhergekommenen Schwestern, der Prinzessin Alice von Hessen, hier verweilt, ist durch plötzliches Erkranken an ihrer auf heute bestimmten Abreise verhindert worden. Die Krankheit ist jedoch nicht so bedeutend, daß irgend eine besondere Gefahr zu befürchten stände. — Die Nachrichten über die meuchelmörderische Verwundung des Prinzen Alfred von England in Australien lauten dahin, daß die Wunde eine sehr bedeutende sei, da die Kugel quer durch den Leib, dicht an der Leber vorbei, gegangen. — Alle Botschaften, die vom Kronprinzen von Preußen aus Turin hierher gelangen, schildern einstimmig den wirklich außerordentlich enthusiastischen Empfang, den der Kronprinz überall bei den Italienern gefunden habe. (K. B.)

D e s t e r r e i c h .

Wien, 1. Mai. [Die Judenverfolgungen in Rumänien.] Die „Wiener Abendpost“ vernimmt, daß der rumänische Minister der auswärtigen Angelegenheiten an die Vertreter sämtlicher europäischer Mächte in Bukarest eine Note gerichtet habe, welche die Judenverfolgungen wiederholt in Abrede stellt und gleichzeitig einenladenden Hinweis auf die Tätigkeit des österreichischen General-Consuls in Jassy enthält. In Folge hieron habe, sagt die „Abendpost“ hinzu, der österreichische General-Consul in Bukarest eine energische Note an den Minister Bratianu gerichtet, in welcher die Judenverfolgungen in den bestimmtesten Ausdrücken constatirt und die Angriffe auf den österreichischen Generalconsul in Jassy zurückgewiesen werden. Außerdem fordert der Vertreter Österreichs volle Schadlosshaltung der von den Verfolgungen betroffenen österreichischen Unterthanen.

G r i e c h e n l a n d .

Athen, 24. April. Am 14. April hat bei Apoconia in Candia ein ernstes Gefecht stattgefunden, welches von Morgens bis in die Nacht währt. 6000 Türken wurden von den Insurgenten geschlagen, 400 getötet oder verwundet. Die Türken ergingen die Flucht und ließen in den Händen des Feindes, von dem sie verfolgt wurden, eine Anzahl von Toten und Verwundeten zurück. In ihren Wuth darüber mißhandelten und tödten sie mehrere Christen in den in ihrer Gewalt befindlichen Dörfern Tripu und Vafe. Bei dem Gefechte am 14. April wurden die Türken von Mehmed Ali-Pasha commandiert. Andere Kämpfe, welche am 11., 12., 15. und 16. April stattfanden, waren gleichfalls für die Insurgenten vortheilhaft. Die Türken plünderten, nachdem sie geschlagen waren, mehrere Dörfer, welche sich ihnen vorher schon unterworfen hatten, mißhandelten die Frauen und Klepten dieselben mit sich fort. — Die griechischen Dampfer „Union“ und „Creta“ fahren fort, den Insurgenten Munition und Proviant zu zuführen und die Frauen und Kinder derselben nach Griechenland zu bringen. — Die türkische Regierung ist bemüht, darauf hinzuwirken, daß die flüchtigen Familien nach Candia zurückkehren; letztere weigern jedoch, dieses zu thun. — Die Insurrection ist in voller Thätigkeit. Alle diese Nachrichten stammen aus griechischen Quellen und sind mit Vorsicht aufzunehmen. (D. Ned.)

A m e r i k a .

Washington, 21. April. Seitens der Vertheidigung wurde von Neuem der Versuch gemacht, die Zulassung der vom Staatsgerichtshofe abgelehnten Zeugenaussage des Staatssekretärs für die Marine, Gideon Welles, durchzusezen, ebenso die Zulassung des Zeugnisses des General-Postmeisters Randall und anderer bezüglich der Cabinets-Verathungen über die Gültigkeit der „Amerikabesetzungsbill“ und den Stanton'schen Conflict. Der Staatsgerichtshof erklärte abermals die Entgegennahme dieser Zeugnisse für unzulässig. Goarts erklärte hierauf seitens der Vertheidigung, daß diese Verwerfung auch die Ausschließung der Zeugnisse der drei Minister Seward, Mac Culloch, Browning und anderer involviere. Gerade diese habe die Vertheidigung vernehmen lassen wollen, um den Gegenbeweis dafür zu liefern, daß der Präsident Johnson die Absicht gehabt haben wollte, die Staatsgesetze zu verlegen.

Washington, 22. April. Das Haus der Repräsentanten hat mit 91 gegen 18 Stimmen abgelehnt den Antrag des zur demokratischen Partei gehörigen Deputirten Robinson in Erwähnung zu ziehen, welcher Antrag lautete, das Haus möge das mit der Anklage gegen den Präsidenten Johnson beauftragte Comite von der Fortsetzung seiner Thätigkeit entbinden, die Mitglieder desselben zurückzufordern und die Prozeßverhandlungen abbrechen lassen.

Im Repräsentantenhaus ist eine Resolution eingebrochen worden, dahin lautend, daß ein Untersuchungs-Comite bezüglich des vom Anklage-Comite erstatteten Berichts niedergelegt werde, welches davon Abstand genommen, den General Sherman während des Prozesses vernehmen zu lassen, eine Unterlassung, zu der das Comite sich durch eine vorgängige private Vernehmung des Generals veranlaßt gesehen habe. Es war noch zu keiner Abstimmung über diese Resolution gekommen.

T e l e g r a p h i s c h e D e p e s c h e n

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Paris, 1. Mai. Die Discussion über die Interpellation Brame wird am 11. d. im gesetzgebenden Körper stattfinden. „Patrie“ dementirt die Mittheilung der Wiener „Debatte“, daß gegenwärtig über die Aufstellung von Kriegsschiffen in den cretischen Gewässern zwischen den Westmächten und der Türke unterhandelt werde; „Patrie“ glaubt, daß es sich bei den Verhandlungen nur darum handle, die Bedingungen festzustellen, unter welchen die aus Kreta nach Griechenland geflüchteten Greise, Frauen und Kinder in die Heimat zurückgeführt werden können; eine Vereinbarung über diese Frage sei aller Wahrscheinlichkeit nach nahe bevorstehend. — Dasselbe Blatt dementirt die Behauptung des „Memorial diplomatique“, daß sich zwischen Hessen und Preußen Schwierigkeiten wegen des Besitzungsrechts in Mainz erhoben hätten.

Paris, 1. Mai. „Constitutionnel“ dementirt die Zeitungsangaben, nach welchen in jüngerer Zeit Verträge zwischen dem Staatsminister Rouher und dem Marshall Niel eingetreten sein sollen. Der Kriegsminister habe, so meldet das genannte Blatt weiter, in der Budget-commission nur die Bewilligung derjenigen Mittel verlangt, welche erforderlich seien, um die Rüstungen Frankreichs auf derselben Höhe zu erhalten, wie diejenigen der benachbarten Mächte; der Staatsminister habe diese Nothwendigkeit auch keineswegs bestritten; überhaupt sei zwischen beiden Ministern kein Wort gefallen, welches schließen lasse, daß der Frieden Europas irgendwie gefährdet sei.

Paris, 1. Mai. Die Hochzeit der Prinzessin Isabella ist auf den 13. Mai festgesetzt.

London, 1. Mai. Nachmittags. Aus Washington vom 22. v. M. wird gemeldet, daß die Naturalisations-Bill im Repräsentantenhaus mit zwei Amendements angenommen wurde, von denen das erste bestimmt, daß Gesandte und deren Gefolge bei eventuellen Repressalien nicht als Geiseln festgehalten werden dürfen; durch das zweite Amendement wird der Präsident ermächtigt, die Handelsbeziehungen zu solchen Nationen einzustellen, welche die in dem obigen Gesetz ausgesprochenen Grundsätze bezüglich der Gültigkeit der amerikanischen Naturalisation nicht anerkennen.

Petersburg, 1. Mai. Gegenüber einer Berliner Mittheilung der „Times“, wonach Frankreich Preußen vorgeschlagen habe, gemeinsam mit Russland die Regelung der orientalischen Angelegenheit zu betreiben, was Preußen jedoch ablehnt hätte — erinnert das „Journal de St. Petersburg“ an die vergeblichen Bemühungen der russischen Regierung im vorigen Jahre ein gemeinsames Vorgehen der Mächte in der orientalischen Angelegenheit zu bewecken. Das Journal fügt hinzu, daß es für diesen Zweck keiner neuen Verhandlungen bedürfe, da das Programm der russischen Regierung, welchem Preußen und Italien bereits im vorigen Jahre beigemessen hätten, durch verschiedene Depeschen klar genug dargelegt wären.

Kairo, 29. April. Die egyptische Anleihe von 250 Millionen Francs ist mit dem Pariser Crédit foncier und der Société générale de banque ottomane abgeschlossen. Der Emissionscours ist 70, der Zinsfuß 7 %. Die Rückzahlung soll in dreißig Jahren effectuirt sein und als Garantie für dieselbe dienen die egyptischen Zolleinkünfte.

Madrid, 30. April. Der Ministerpräsident Gonzales Bravo machte heute den Cortes Mittheilung von der Verlobung der ältesten Tochter der Königin, der Infantin Isabella, mit dem Grafen Girgenti, Bruder des Königs von Neapel.

[Militär-Wochenblatt.] v. Bernhardi, Oberst von der Armee, zur Vertretung des erkrankten Commdrs. der 10. Cav.-Brig., nach Pojen commdirt. v. Dresky, Ob.-Lt. von der Garde-Art.-Brig., zur Vertretung des Directors der vereinigten Art.- und Ing.-Schule commandirt. Köhler, Ob.-Lt. von der 1. Art.-Brig. und Art.-Offizier vom Platz in Danzig, als Abh.-Commdr. in die 2. Art.-Brig. verlegt. Bechtols, v. Ehrenberg, Maj. und Abh.-Commandeur in der 1. Art.-Brig., zum Art. Off. vom Platz in Danzig ernannt. v. Wendt, Hauptm. und Batt.-Chef in der 1. Art.-Brig., zum Art. Off. vom Platz in Minden, zum Abh.-Commdr. in der 2. Art.-Brig. verlegt. Faßnagel, Maj. und Abh.-Commdr. in der 3. Art.-Brig., zur 9. Art.-Brig. verlegt. Reinhardt, Hauptm. und Comp.-Chef in der 4. Art.-Brig., zum Maj. mit Belassung in seinem Verhältnis als Comp.-Chef befördert. v. Schaper, Hauptm. und Batt.-Chef in der 1. Art.-Brig., unter Beförderung zum Major, als Vorstand des Art.-Depots zu Breslau, in die 6. Art.-Brig. verlegt. Koblig, Kühn, Schenmann, Liebig, Unteroff. von der 5. Art.-Brig., zu Port.-Fähn. befördert. Schlegel, Ob.-Lt. von der 7. Art.-Brig. und Art.-Off. vom Platz in Wesel, als Abh.-Commdr. in die 3. Art.-Brig. verlegt. Grapow, Ob.-Lt. von der 7. Art.-Brig. und Art.-Off. vom Platz in Minden, zum Abh.-Commdr. v. Drabich-Wächter, Maj. und Abh.-Commdr. in der 7. Art.-Brig., zum Art.-Off. vom Platz in Minden ernannt. Zöllner, Maj. und Abh.-Commdr. in der 9. Art.-Brig., als Art.-Off. vom Platz zu Wesel in die 7. Art.-Brig. verlegt.

△ **Schweidnitz**, 29. April. [Aus der Stadtverordneten-Versammlung.] Für die vor einigen Tagen abgehaltenen Stadtverordnetensitzung stand auf der Tagess-Ordnung eine Mitteilung des Magistrats über einen von dem Bürgerverein eingegangenen Antrag, betreffend den Verwaltungsbericht für 1866. Die Debatte, welche sich darüber entspann, war deshalb interessant, weil es sich zum Theil um Entscheidung einer principiellen Frage handelte. Nach dem Antrage des Magistrats hatten sich die beiden städtischen Behörden schon früher dabin erklärt, daß sie Anträge, welche von Vereinen ausgegangen, resp. von dem Bürgerverein, nicht berücksichtigen könnten. Auf diesen Bescheid hin war im Bürgerverein beschlossen worden, daß künftig nicht mehr von dem Vereine als solchen Petitionen und Anfragen an die Kommunalbehörden gerichtet werden sollten, da vielmehr auf Grund des im Verein gepflogenen Diskussionen über Kommunalverhältnisse einzelne Mitglieder derselben Veranlassung neben sollten, Anfragen an die gedachten Behörden zu stellen. Das war auch im vorliegenden Falle geschehen. Man hatte in dem Kommunalverwaltungsberichte für das Jahr 1866, der im Monat Februar d. J. im Druck erschienen und zur Vertheilung gelommen war, einen Nachweis darüber vermißt, in welchen Effecten das Aktiv-Ber mögen der Stadt und das der städtischen Sparkasse bestehet, ob es in Hypotheken oder leiters an porteur angelegt sei. Vier Bürger der Stadt, die zugleich Mitglieder des Bürger-Vereins sind, hatten deshalb eine Anfrage an die städtischen Behörden gerichtet und das Ansuchen gestellt, daß nachträglich eine Publication in dieser Beziehung durch die „Obrigkeitlichen Bekanntmachungen“ erfolge. Der Magistrat hatte einen ablehnenden Bescheid ertheilt. In demselben wurde den Antragstellern, als Vertreter des Bürgervereins das Recht nicht zugesprochen, im Namen der Bürgerschaft dergleichen Anträge an die städtischen Behörden zu stellen, andererseits bestritten, daß es für die Bürgerschaft im besonderen Interesse sein dürfte, darüber Aufklärung zu erhalten, in welchen Effecten das Aktiv-Ber mögen der Stadt, dessen Höhe im Verwaltungsbericht angegeben sei, bestehet, schließlich darauf hingewiesen, daß durch einen definitiven Bericht die Druckosten unnötigerweise vermehrt werden dürften. Einer der Antragsteller, welcher zugleich Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung ist, nahm nun das Wort und setzte aus einander, daß die Antragsteller gar nicht im Namen des Bürger-Vereins den Antrag gestellt hätten, sondern als Bürger der Stadt, der Umstand, daß sie Mitglieder des Vorstandes des Bürgervereins seien, altertümlichem Charakter als Bürger nicht, sie hätten sich auch mit der Bemerkung, „die Bürgerschaft habe ein Interesse, Kunde davon zu erhalten, wie das Vermögen der Stadt angelegt sei“, nicht zu Vertreten der Bürgerschaft aufgeworfen, sondern ihr spezielles Recht gewahrt. Zur Sache übergehend bemerkte der Redner, daß die Angabe, in welchen Effecten das Aktiv-Ber mögen der Stadt und im Speciellen das Vermögen der Sparkasse bestehet, für die Bürgerschaft mindestens ein eben so großes, wenn nicht gröberes Interesse habe, als der detaillierte Nachweis der Ziegeln und Klöker in den Beständen der Ziegeler- und Forst-Verwaltung. Es wurde dann von anderen Rednern weiter ausgeführt, daß durch anderweitige Ablösungen im Verwaltungsberichte Raum genug gewonnen und die Druckosten somit nicht vermehrt werden dürfen. Nachdem gegen vier Anträge gestellt, zwei derselben im Verlaufe der Debatte zurückgezogen worden waren, wurde der Antrag zum Beschluss erhoben, den Magistrat zu ersuchen, in den künftig zu veröffentlichten Verwaltungsberichten, wie dies in früheren Jahrgängen der Fall gewesen, anzugeben, wie die Capitalien des Kammerei-Ber mögens und der städtischen Sparkasse angelegt seien.

S. **Trehlen**, 1. Mai. [Unwetter.] Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr wurde unsere Gegend von einem heftigen Gewitter, verbunden mit Hagelschlag und furchtbarem Sturm beheimatet. Letzterer hat bedeutenden Schaden verursacht. In viertelmeiliger Entfernung von hier, unweit der königlichen Forsterei, befindet sich als Rest des ehemaligen Stadtwaldes ein Blak, die „Tanne“ genannt, welcher als Spazierort benutzt wird. Der heftige Sturm hat ihn seiner Zweide verhaut; geknickt und entwurzelt liegen neben der prächtigen Tanne eine Anzahl der umstehenden Bäume. In dem königlichen Walde sind etwa 400 Bäume durch die Windrose umgeworfen. Letztere nahm ihre Richtung von Heidersdorf, wo eine massive Scheuer zusammenstürzte und eine Chausseewalze von ihrem Standorte weggetrieben wurde, über Kurtwitz, wo im Dominium der Pferdestall theilweise, der Schaffall gänzlich zertrümmert ist und beinahe 100 Schafe den Tod gefunden haben, nach Karlsau, wo die Windmühle vollständig zerstört und weggeschleudert und das dazu gehörige Wohnhaus abgedeckt ist, und Striege, wo viele Häuser ihrer Dächer beraubt und die hinter den Scheunen befindlichen Gärten total verwüstet sind. Chausseearbeiter sind von ihren Standorten weggeschleudert, Chausseebäume entwurzelt und theils auf die Straße, theils auf die Acker getragen worden.

△ **Brieg**, 23. April. [Kammerei-Kassen-Etat pro 1868.] Der Etat pro 1868 weist in der Cinnahme A. im ordentlichen Etat folgende Posten nach: I. Allgemeine Verwaltung: 415 M. 10 Sgr. 4 M.; II. Kirchen-Verwaltung: 148 M.; III. Schulen-Verwaltung, an Schulgeld zc.: 2099 M.; IV. Verwaltung des Armenwesens: 5700 M.; V. Finanzen und Steuern: 1) Binsen: 6076 M. 2 Sgr. 6 M.; 2) Staatssteuer: 325 M. 9 Sgr.; 3) direkte Gemeindesteuern: 15,730 M. 12 Sgr.; 4) indirekte Gemeindesteuern: 17,321 M. 24 Sgr.; Summa Tit. V.: 39,458 M. 17 Sgr. 6 M. — VI. Veräußerung von Grund- und Gerechtsameiten ist in den außerordentlichen Etat aufgenommen. VII. Verwaltung der Grundstücke in der Stadt: 3013 M. 11 Sgr. 11 M., doch sind hierbei mit beigebrachten die Pachtungen auf den Städten im Betrage von: 1273 M. 27 Sgr. 6 M.; VIII. Verwaltung der Gerechtsameiten in der Stadt incl. des Brücken- und Durchlaßholzes von 4000 Thlr.: 5484 M. 9 Sgr. 6 M.; IX. Verwaltung der Kammereigüter und ihrer Gerechtsameiten: 1) Groß-Leubus incl. Neu-Leubus, Neu-Moselache, Groß- und Klein-Piastenthal und Louisenthal, einschließlich 7755 M. Cinnahme aus der Leubuscher Forstverwaltung: 10,294 M. 8 Sgr. 8 M.; 2) Klein-Leubus: 690 M. 1 Sgr. 7 M.; 3) Canersdorf und Klein-Neudorf incl. 1990 M. aus der dortigen Forstverwaltung: 6206 M. 4 Sgr.; 4) Alzenau und Vogarell: 3046 M. 12 Sgr. 7 M.; 5) Giersdorf, dessen Bachtzinsen unter voriger Position mit verrechnet sind: 1 M. 11 Sgr.; 6) Briegsdorf, dessen Grund- und Hausteuern unter Tit. V. verrechnet sind: 1 M. 20 Sgr.; 7) Böhmischesdorf: Nichts; 8) Schlüsseldorf: 1 M. 2 Sgr. 11 M.; 9) Rauschendorf: 26 M. 6 Sgr.; 10) Schreiberdorf: 35 M. — 11) Hermisdorf: 35 M. — 12) Paulau: 80 M. 4 Sgr. 8 M.; Summa Tit. IX.: 20,389 M. 27 Sgr. 4 M. — X. Städtische Spezial-Verwaltungen: 1) Biegelei: 9585 M. 2) Gasanstalt: 20,740 M.; 3) Schauspielhaus: 1010 M.; 4) Marstall: 4200 M.; 5) Bau-Buchhaltung: 185 M.; 6) Waschwerk: 6270 M.; 7) Leibamt: Nichts; 8) Gewerbeaufsicht: 850 M.; Summa Tit. X.: 42,840 M. XI. Erstattungen: 111 M. 2 Sgr. 10 M.; XII. Ausgaben: 45 M. 2 Sgr. 10 M. Die ganze Cinnahme des ordentlichen Etats beträgt also: 119,700 M. — Die Ausgabe beträgt im ordentlichen Etat: I. Allgemeine Verwaltung: 1) An Besoldungen, a. Magistrats-Collegium: 4100 M.; b. Magistrats-Bureau: 2768 M.; c. Stadt-Hauptstelle: 2271 M.; d. Polizei-Verwaltung: 2715 M.; e. sonstige Sicherheitsbeamte: 1515 M. 20 Sgr. 2 M. Allgemeine Verwaltung, als: Dienst, Reitposten, Hilfsanzlei, Botenlohn zc.: 1665 M. 19 Sgr. 2 M.; 3) Pensionen und Unterstützungen: 949 M.; 4) Bureau-Rosten: 1642 M.; 5) fachliche Polizeistoffen, wobei die oft besprochene Strafensbereinigung mit 1428 M. figurirt: 4770 M.; Summa Tit. I.: 22,396 M. 9 Sgr. 2 M. — II. Kirchen-Verwaltung: 831 M. 14 Sgr. 2 M., doch ist bereits eine Gehalts-Erhöhung der Geistlichen und ersten Kirchenbeamten beantragt worden. — III. Schulwesen in der Stadt: 1) Befolzung der Lehrer (1 Prosector, 1 Corrector und 25 Elementarlehrer) und des Schuldieners: 9639 M., doch sind hierbei die 1200 M. inbegriffen, welche die städt. Behörden vor einigen Monaten zur Verbesserung der Lehrergehälter auf den Etat gesetzt hatten, die aber leider bis jetzt noch nicht eingetreten sind; 2—9) Remunerations, Pensionen u. inc. 965 M. Beitrag der Stadtgemeinde zur Unterhaltung der Provinzial-Gewerbeschule (doch ist auch bei diesem eine Erhöhung der Lehrergehälter bereits von den städt. Behörden genehmigt): 2963 M. 6 Sgr. 6 M.; Summa Tit. III.: 12,602 M. 6 Sgr. 6 M. — IV. Armenwesen: 10,702 M.; V. Finanzen und Steuern incl. 5950 M. zur Amortisation der Schulden: 21,939 M. 24 Sgr. 4 M. — VI. Erwerb von Grundstücken: Nichts. — VII. Verwaltung der Grundstücke in der Stadt: 236 M. 15 Sgr. — IV. Verwaltung der Kammereigüter und ihrer Gerechtsameiten in Summa: 3840 M. 27 Sgr. 11 M. — X. Städtische Special-Verwaltungen: 1) Biegelei: 6600 M.; 2) Gasanstalt: 14,550 M.; 3) Schauspielhaus: 525 M.; 4) Marstall: 4640 M.; 5) Bau-Buchhaltung: 8884 M.; 6) Wasserwerk: 6700 M.; 7) Gewerbeaufsicht: 1250 M.; Summa: 43,149 M. — XI. Erstattungen: 18 M. 18 Sgr. 3 M.; XII. Kauf unvorhergesehene Ausgaben zur speciellen Berechnung: 1783 M. 19 Sgr. 8 M. — Im ordentlichen Etat beträgt die Cinnahme: 119,700 M., die Ausgabe: 117,700 M., bleibt also ein Überschuss von 2000 M. — B. Der außerordentliche Etat schließt mit einer Cinnahme von 15,951 M. 20 Sgr., welche mit der Ausgabe von gleichem Betrage balancirt.

K. **Lieschnitz**, 1. Mai. [Windrose.] Gestern um 5 Uhr Abends zog von West nach Ost ein schweres Gewitter zwischen dem St. Annenberge und Bahnhof Dzieschowis, auf. Referent war im Freien und hatte Gelegenheit, Alles zu beobachten. Blitz auf Blitz zuckte ununterbrochen in den schwarzen Wolken, begleitet mit Donner. Da

erhob sich eine Wolke, einer Rauchfäule ähnlich, und zog dicht an der Erde unter den drohenden Wolken, ebenfalls von West nach Ost in einer Höhe von 80 Fuß und einer Länge von 300 Fuß. Diese Wolke (Windrose) hat in dem dicht bei Lieschnitz anschließenden Dorfe Ksienow esch großen Schaden sowohl an Gebäuden als auch an Obstbäumen angerichtet. Total sind 7 Scheunen und ein Wohnhaus zerstört. Mehr oder weniger andere Gebäudenheiten. Ja selbst massive und im vorigen Jahre erbaute Scheunen sind fast der Erde gleich gemacht. In nächster Nähe schlug der Blitz vor dem Reserven ein, so das selbiger von Flammen ganz eingehüllt wurde. Die Windrose zog mitten durchs Dorf; nach genauer Messung von 256 Schritt Breite. Ein Dominalnacht wurde mit sammt dem Gespann von dem Wirbel ergriffen, auf die Erde geworfen, wodurch ihm der Arm gebrochen wurde. Die Poststraße nach Dzieschowis war bis heute unpässbar, da die Windrose die stärksten Bäume der Kreuz- und Quer auf den Weg gelegt hatte.

Telegraphische Witterungsberichte vom 1. Mai.

| Ort. | Barometer Linien. | Therm. Raum. | Wind, Richtung und Stärke. | Allgemeine Himmels-Ansicht. |
|----------------|----------------------|-----------------|----------------------------------|--------------------------------|
| 6 Memel | 330,4 | 3,4 | NW, mäßig. | Bedeckt. |
| 7 Königsberg | 321,7 | 3,8 | NW, stark. | Bedeckt, Regen. |
| 8 Stettin | 336,5 | 6,2 | N, stark. | Trübe, gest. Gewitter. |
| 9 Ratibor | 329,9 | 7,4 | N, stark. | Bedeckt. |
| 10 Münster | 337,2 | 9,0 | SW, schwach. | Trübe, Regen. |
| 11 Drier | 335,4 | 10,0 | SW, stark. | Trübe. |
| 12 Lübeck | 337,0 | 7,0 | NW, stark. | Fast heiter. |
| 13 Paris | — | — | — | Bedeckt. |
| 14 Havanna | 334,2 | 1,1 | O. | — |
| 15 Helsingfors | 332,5 | 2,3 | Windstille. | Bedeckt. |
| 16 Petersburg | 332,7 | 4,2 | SO, schwach. | Bedeckt. |
| 17 Mostau | — | — | — | — |
| 18 Stockholm | 333,8 | 2,1 | N, schwach. | Bedeckt, Regen*) |
| 19 Stodesnäs | 336,6 | 5,0 | SW, schwach. | Bewölkt, ruhig. |

*) Gestern Abend ODO. schwach. 30. Mar. +10,2 Min. +2,7.

Meteorologische Beobachtungen.

| Der Barometerstand bei 9 Std. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Raumur. | Ba- rometer. | Luft- tempera- tur. | Wind- richtung und Stärke. | Wetter. |
|---|-----------------|---------------------------|----------------------------------|----------|
| Breslau, 1. Mai 10 U. Ab. | 334,33 | +7,4 | W. 3. | Wolkig. |
| 2. Mai 6 U. Mrg. | 334,35 | +8,2 | W. 1. | Bedeckt. |

Breslau, 2. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 17 J. 10 Z. U.-P. 5 J. 11 Z.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegraphisches Bureau.)

Paris, 1. Mai. Nachmittags 3 Uhr. Stille, matt und angeboten. Per Liquidation wurde die 3% Rente zu 69, 27½, 69, 30, 69, 15 und zum Schluss 69, 17½, gehandelt. — Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 20, 69, 22½, 69, 12½, 69, 15. Italienische 3proc. Rente 48, 42½. Österl. Staats-Eisenbahn-Actionen 565, 00, dito ältere Prioritäten 255, 00, dito neuere Prioritäten 252, 25. Credit-Mobil.-Actionen 233, 75. Lombard. Eisenb.-Actionen 373, 75, dito. Prioritäten 211, 50. 3proc. Verein-Sstaaten-Anteile pr. 1882 (ungef.) 79%.

London, 1. Mai. Nachmittags 4 Uhr. Wegen des heutigen Banktages keine Börse. Gold knapp 2—2½.

London, 1. Mai. Der Hamburger Dampfer „Hammonia“ ist aus New-York in Southampton eingetroffen.

Florenz, 1. Mai. Nachmittags 5 Uhr. 3proc. Rente 54, 05. Napoleonsd'or 22, 55.

Frankfurt a. M., 1. Mai. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Wiener Wechsel 101%. Österreichische National-Antie 52%.

6% Verein-Staaten-Antie pr. 1882 75%. Hessische Ludwigsbahn 134½.

Preußische Brämen-Antie 99% B. 1854er Löse 63%. 1860er Löse 70%.

1864er Löse 86½ B. Oberhessische 74% Gd. — Biennlich fest, aber rubiq.

Frankfurt a. M., 1. Mai. Abends. [Effecten-Societät.] Beitränftes Geschäft. Amerikaner 75%—75%. Credit-Antie 188½%. Steuerfreie Antie 49%. Staatsbahn 263%.

Bremen, 1. Mai. Petroleum. Standard white, loco 5½%.

Wien, 1. Mai. Abends. [Abend-Börse.] Credit-Aktionen 180, 30.

Nordbahn — 1860er Löse 80, 75. 1864er Löse 24, 55. Staatsbahn 259, 90. Galizier 207, 75. Napoleon d'or 9, 33½. Lombarden 168, 40.

Sehr fest.

Antwerpen, 1. Mai. Nachm. 2 Uhr 30 Min. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Steigend. Raffinerie, Type weiß, loco 44½% bezahlt, 45 Br. pr. Sept. 49—49½% bez. 50 Br.

Hamburg, 1. Mai. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Brämen-Antie 87%. National-Antie 54%. Österl. Credit-Aktionen 80%. Österreichische 1860er Löse 69%. Staatsbahn 557. Lombarden 362. Italienische Rente 46½%. Vereinsbank 111½%. Norddeutsche Bant 119%. Alem. Bahn 117%. Nordbahn 96%. Altona-Niel 110%. Finnlandische Antie 79%. 1864er Russische Brämen-Antie 103%. 1866er Russische Brämen-Antie 101%. 3proc. Verein, St.-Antie pr. 1882 49%. Staatsbahn 263%.

Bremen, 1. Mai. Petroleum. Standard white, loco 5½%.

Wien, 1. Mai. Abends. [Abend-Börse.] Credit-Aktionen 180, 30.

Nordbahn — 1860er Löse 80, 75. 1864er Löse 24, 55. Staatsbahn 259, 90. Galizier 207, 75. Napoleon d'or 9, 33½. Lombarden 168, 40.

Sehr fest.

Antwerpen, 1. Mai. Nachm. 2 Uhr 30 Min. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Steigend. Raffinerie, Type weiß, loco 44½% bezahlt, 45 Br. pr. Sept. 49—49½% bez. 50 Br.